

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteckigen Zeilen oder deren Raum 250 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Pfg. Reklamen 1000 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 6.

Donnerabend, den 7. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Die Verhandlungen von Cannes.

Ueber die Verhandlungen in Cannes wird in der Presse verschiedenes gemeldet, was nur auf Kombinationen ununterrichteter Journalisten zurückgeführt werden kann. Da liegt man in einem Telegramm beispielsweise, die Franzosen hätten sich in den Vorbesprechungen nach langem Drängen damit einverstanden erklärt, daß die deutschen Barzahlungen für das Jahr 1922 auf 500 Millionen herabgesetzt würden, sie hätten aber in einer stürmisch verlaufenen Debatte verlangt, daß die deutschen Sachleistungen an Frankreich in diesem Jahre mindestens 1,25 Milliarden und im nächsten 1,5 Milliarden betragen müßten. So etwas lieft sich äußerlich spannend, aber wer die Entwicklung der Dinge etwas genauer verfolgt hat, kann darüber nur lachen. Was nämlich die Franzosen in Cannes nach Hängen und Würgen zugegeben haben, und was sie im Sturm erkämpft haben sollen, das ist alles schon in London säuberlich zu Papier gebracht worden.

Vielleicht ist in London zwischen Lloyd George und Briand darüber gestritten worden, in Cannes brauchte man aber darüber nicht mehr zu streiten, weil man eben schon in London einig geworden war.

Wer sich nicht durch Sensationsmeldungen verwirren lassen, sondern mit ruhigem Verständnis den Verhandlungen von Cannes folgen will, der muß sich immer wieder vor Augen halten, daß den dortigen Verhandlungen eine vorläufige Verabredung zwischen der französischen und der englischen Regierung zu Grunde liegt. Das Hauptinteresse wird sich also darauf konzentrieren, ob diese vorläufigen Verabredungen in Cannes bekräftigt werden, oder ob sie dort mehr oder weniger tiefgreifende Vereinbarungen erfahren, oder ob dort am Ende überhaupt garnichts zustande kommt.

Die 500 Millionen Barzahlung und die 1,25 Milliarden Sachleistungen für Frankreich im Jahre 1922 (im nächsten 1,5 Milliarden) waren, wie gesagt, in den Londoner Verabredungen bereits vorgesehen. Im übernächsten Jahre sollen sich die Sachleistungen an Frankreich auf 1,75 Milliarden steigern. Es handelt sich dabei um gar nichts anderes, als um die Inkraftsetzung des Wiesbadener Abkommens, dem England bisher Widerstand geleistet hatte, das es aber nun mit geringfügigen Änderungen passieren lassen will. Auch mit den anderen Staaten soll Deutschland ähnliche Abkommen, wie das von Wiesbaden, treffen, die Summe der Sachleistungen aus diesem Abkommen soll auf eine halbe Milliarde im Jahr begrenzt sein. Ferner sollen für die deutschen Sachleistungen ganz besonders für die Kohle, angemessene Preise gewährt werden. Bekanntlich ist Deutschland bisher nur der Inlandspreis für Kohle gutgeschrieben worden, der bedeutend tiefer als der Auslandspreis liegt. Diese ungeschwerliche Verachtlichung Deutschlands soll jetzt beseitigt werden. Ebenso soll die längst geforderte Begrenzung der Besatzungskosten endlich durchgeführt werden.

Wenn aus Cannes Nachrichten kommen, die in dieser Richtung liegen, so kann man daraus schließen, daß die vorläufigen Verabredungen von London Anerkennung finden. Sollte in dem einen oder in dem anderen Punkt aber eine tiefgreifende Aenderung vorgenommen werden, dann müßte man mit einer Abänderung des ganzen Planes rechnen.

Dieser Plan sieht bekanntlich auch eine Reihe von Maßregeln vor, deren Durchführung von der deutschen Regierung verlangt werden soll und deren Ziel ist, die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen. Es wird verlangt, daß durch Steuererhöhungen der ordentliche Etat ins Gleichgewicht gebracht wird. Dasselbe soll bei Eisenbahnen und Post durch Erhöhung der Tarife geschehen. Das Defizit des außerordentlichen Etats soll durch eine innere Anleihe (Zwangsanleihe) gedeckt werden. Man will einen Abbau der sogenannten Subsidien-Politik verlangen. Die Kohlensteuer soll erhöht, der Brotpreis soll dem Weltmarktpreis angenähert, wenn nicht gleich auf ihn gebracht werden. (Das letztere würde eine Belastung von rund 1000 Papiermark pro Jahr und Kopf bedeuten!) Ferner behaupten gut unterrichtete ausländische Zeitungen, es sei eine Aenderung des Status der deutschen Reichsbank beabsichtigt. Diese sollte von der Reichsverwaltung unabhängiger gemacht werden, jedoch nicht genötigt sei, auf deren Geheiß Noten zu drucken. In die Verwaltung der Reichsbank soll ein Vertrauensmann gesetzt werden, der auch das Vertrauen der ausländischen Regierungen genießt. Einen diesbezüglichen Vorschlag zu machen, soll Deutschland überlassen bleiben, wenn aber keine Einigung erzielt wird, soll die Entente den Vertrauensmann nach eigenem Gutdünken wählen.

Das sind in der Hauptsache die Gegenstände, die in Cannes zur Diskussion gestellt werden sollen. Die Tagesordnung hinsichtlich des Reparationsproblems ist in der Hauptsache durch die Londoner Verabredungen vorgezeichnet. In welchen Beschlüssen man aber gelangen wird, das läßt sich freilich nicht voraussagen.

Deutsche Reisende, die aus Frankreich zurückkehren, berichten übereinstimmend von einem tiefgreifenden Umschwung der Stimmung, der sich dort in der Bevölkerung vollziehe. Das will nicht heißen, daß die Stimmung Deutschland gegenüber viel freundlicher geworden ist, aber die Einsicht soll überall im Vordringen sein, daß es mit den Finanzbestimmungen von Versailles und London nicht weitergeht, und daß eine tiefgreifende Revision des Wiedergutmachungsproblems im Interesse Frankreichs selbst notwendig sei. Trotz dieses Umschwunges hat aber Briand noch immer mit dem Nationalen Block in der Kammer zu rechnen, der sofort ihn zu stürzen bereit ist, wenn er irgend ein „Recht Frankreichs“ preisgibt. In dieser Einstellung der französischen Parlaments-Mehrheit und in dem Charakter des größten Teils der Pariser Presse dürfte für ein günstiges Ergebnis der Verhandlungen von Cannes das größte Hindernis zu suchen sein.

Wenn von einem günstigen Ergebnis die Rede ist, so ist das in diesem Zusammenhang im Sinne der Entente gemeint. Für Deutschland kann Cannes bestenfalls eine Erleichterung seiner Zahlungsverpflichtungen bedeuten, die mit höchst lästigen finanziellen Kontroll-Maßnahmen verbunden sein würde. Insbesondere droht uns von Cannes her eine neue Steigerung der Preise und in Verbindung damit eine Verschärfung der sozialen Kämpfe. Von hier aus kann man einstweilen nur wünschen, in Cannes möge die Einsicht siegen, daß der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nicht mit einer weiteren Verelendung des deutschen Volkes, einer Schwächung seiner Zahlungsfähigkeit und Kaufkraft im Auslande beginnen kann. Im schlimmsten Falle wird man wieder einmal erst durch Schaden klug werden müssen. Schlimm nur, daß der Schaden, den die Staatsmänner anrichten, von den breiten Massen der arbeitenden Völker getragen werden muß.

Ein Vorschlag Lloyd Georges

Nach einer Havasmeldung aus Cannes beriet Briand am Donnerstag vormittag mit Jaspard und Theunis die Frage der Reparationen. Hayashi und Baron Ishii, die Delegierten Japans, unterhielten sich nachmittags längere Zeit mit Lloyd George. Die beiden Ministerpräsidenten verhandelten sich über die Bedingungen, unter denen sich der Oberste Rat heute mit der Einberufung der Wirtschaftskonferenz beschäftigen wird. Sie stellten ein Programm auf, daß die Fragen politischen Inhalts streng ausschließt. Die Arbeit der Konferenz soll ausschließlich wirtschaftlich und finanziell sein. Sie wird besonders Mittel und Wege suchen müssen, die Wechselkurse zu verbessern und die Wiederaufnahme des Warenaustausches in die Wege zu leiten, also mit einem Wort, dem Weltmarkt eine größere Tätigkeit und Regelmäßigkeit zu sichern. Es ist wahrscheinlich, daß Deutschland und Rußland zu dieser Konferenz geladen werden. Die Grundlage der gestrigen unverbindlichen Vorbesprechungen zwischen den Delegierten war der Vorschlag Lloyd Georges. Da Deutschland nach britischer Ansicht nicht in der Lage ist, die Beträge vom 15. Januar und vom 15. Februar voll zu begleichen, so würde von ihm im Laufe des Jahres 1922 nur eine Gesamtsumme von 500 Millionen, zahlbar bis zum 15. April verlangt werden. Die Hälfte des Betrages würde an Belgien fallen, das ein Vorkredit auf zwei Milliarden Goldmark hat. England würde seinerseits auf nahezu den ganzen Betrag von 500 Millionen Goldmark verzichten, welcher ihm zusteht, und würde nur 60 bis 80 Millionen erhalten. Italien, welches 80 Millionen erhalten sollte, würde ebenfalls ein bedeutendes Opfer bringen müssen. Der englische Ministerpräsident erkannte dessen besondere Lage an; das Abkommen Loucheur-Kathenau würde von England angenommen und sofort für die erste Periode von 3 Jahren in Kraft treten, während Frankreich von Deutschland Sachleistungen im Werte von über 1250 Millionen Goldmark für 1922 und 1500 Millionen für 1923 und 1924 verlangen könnte. Das Finanzabkommen vom 30. 8. würde zu Frankreichs Gunsten geändert werden, besonders in der Abschätzung der Saargruben, deren Wert erst später durch die Reparationskommission in Rechnung gestellt würde. Das britische Projekt würde sich besonders auf die Zahlungen im Jahre 1922 beziehen, es umfasse gleichzeitig ein System von Garantien zur Ordnung der deutschen Finanzen, denn das sei die Grundbedingung für jede Regelung der Reparationsfrage. Dieses Garantiesystem schließt besonders die Kontrolle der Reichsbank, die Erhöhung der Post- und Telegraphen- sowie der Eisenbahntarife und die Besteuerung der deutschen Kohle, damit sie zum Weltmarktpreis verkauft werde, ebenfalls die Einschränkung des Papiergeldumlaufes und die Zurückziehung aller Devisen, die Deutschland durch seine Ausfuhr beschafft, in sich.

Eine internationale Konferenz einschließlich Deutschlands und Rußlands.

Wie der Sonderberichterstatter von Havas aus Cannes meldet, wurde im Laufe der ersten Sitzung, nachdem Lloyd George in längeren Ausführungen die Wirtschaftslage in Europa geschildert und die Notwendigkeit der Wiederherstellung des normalen Handelsaustausches begründet hatte, von einem Resolutionsentwurf Kenntnis gegeben, den Ende voriger Woche die alliierte Sachverständigenkommission in Paris angenommen hat. Dieser Entwurf sei in kürzester Frist eine internationale Konferenz zusammenzutreten, zu der die interalliierten Hauptmächte sowie Deutschland und Rußland eingeladen werden sollen. Für Rußland wurden jedoch einige Bedingungen festgesetzt, die an seine Zulassung geknüpft werden sollen. Diese Bedingungen werden in einer am Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, stattfindenden Sitzung festgestellt werden.

Die Finanzkonferenz in Prag.

Berlin, 7. Januar.

„Bon Soir“ teilt unter Vorbehalt das Gerücht aus Cannes mit, Lloyd George denke, daß die große Finanzkonferenz nach Prag einberufen werden könne. Er wolle nicht mit russischen Delegierten zweiten Ranges, sondern mit Lenin und Trotzki selbst verhandeln.

Eine englische Mahnung.

In einem „Kritische Tage für die Entente“ überschriebenen Leitartikel wird im „Daily Chronicle“ gesagt, die Entente werde einem neuen Mißerfolge kaum standhalten können. Aus der gegenwärtigen Konferenz müsse etwas Besseres hervorgehen, wenn sie nicht in einem sehr ernsten Sinne die letzte ihrer Art werden sollte. Die Washingtoner Ereignisse führten dem Engländer die Luft vor Augen, die zwischen dem französischen Militarismus und der idealen englisch sprechenden Welt bestände. Großbritannien trete für ein friedliches Europa ein, für Versöhnung, Abrüstung und wirtschaftlichen Wiederaufbau unter der Teilnahme aller Nationen. Die entgegengesetzte Politik, 60 Millionen Deutsche in chronischer Armut und Sklaverei zu erhalten, die Reparationsgelder für ein Wetzstein auszugeben, und die russische Bevölkerung von 100 Millionen zu hinfotterieren, sei mit der englischen Politik völlig unvereinbar. England könne die Sicherheit der französischen Grenze nicht garantieren, wenn Frankreich seine aggressive Politik in ganz Europa und im nahen Osten fortsetze. England werde keine finanziellen Opfer bringen, wenn Frankreich den Betrag für die Vermehrung seines Heeres von schwarzen Truppen und seiner U-Boot-Flotte verwende.

Kathenau kehrt heute zurück.

Berlin, 7. Januar.

Dr. Kathenau kommt heute abend aus Paris zurück.

Aussichten für die Revision des Versailler Vertrages

Paris, 7. Januar.

Der Korrespondent des „Berl. Tagebl.“ erzählt: Was neben den Berichten über den Verlauf der Eröffnungssitzung an Meldungen aus Cannes vorliegt, sind meist unkontrollierbare Gerüchte. Die einzige Tatsache ist, daß seit Sonnabend von neuem über die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands verhandelt wurde und daß ein neues Arrangement, das den Versailler Vertrag und das Londoner Abkommen revidiert, in Aussicht zu stehen scheint.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland

Die Wiener „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Korrespondenten mit dem neuen deutschen Gesandten Pfeiffer, der u. a. erklärte: Ich betrachte den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland, selbstverständlich im Rahmen der im Augenblick bestehenden Bedingungen, als hauptsächlichste Vorbedingung für den Wiederaufbau Mitteleuropas, wobei ich allerdings der Meinung bin, daß das zeitliche Ausmaß der Durchführung des Anschlusses ganz von Oesterreich bestimmt werden muß. Die Aufklärungsarbeit, die sich in der Richtung bewegt, die Welt von der inneren Notwendigkeit des Anschlusses zu überzeugen, sehe ich als Hauptteil der Aufgabe an, die mich in Wien erwartet.

Verhandlungen über Gehälter und Löhne in den Reichsbetrieben.

Berlin, 6. Januar

Wie wir schon kurz berichteten, begannen am 5. Januar die Verhandlungen über eine Neuregelung der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Reichs- und Staatsbetriebe. Gewerkschaften und vor allem Regierungsvertreter waren so zahlreich erschienen, daß die Verhandlungs-Röhrchen fast den Eindruck einer Versammlung machte. Minister waren nicht anwesend. Die Meldung der Telegraphen-Union, daß der Reichsfinanzminister Dr. Hertel die Sitzung geleitet hätte, trifft nicht zu. Ministerialdirektor von Schlieben erklärte zu Beginn der Verhandlungen, daß die Behauptungen in der Presse, der Reichsfinanzminister habe Verhandlungen abgelehnt, nicht ganz zutreffend seien. Der Minister habe vielmehr ausgesprochen, selbst mit Vorschlägen an die Gewerkschaften herantreten zu wollen, wie er aber auch bereit gewesen sei, geeignete Vorschläge der Gewerkschaften entgegenzunehmen. (Die Darstellung des Herrn von Schlieben ist richtig. Etwas anderes ist auch in der Presse nicht behauptet worden. Kritisiert wurde lediglich die Tatsache, daß der Reichsfinanzminister durch sein Verhalten, die Freiheit der Gewerkschaften, nach eigenem Ermessen aufzustellen, beeinträchtigt hat.)

Nach den einleitenden Worten des Ministerialdirektors von Schlieben nahmen zwei Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes das Wort, um auf den sonderbaren, unseren Lesern bekannnten Zwischenfall hinzuweisen, der sich für die Eisenbahner des hiesigen Gebietes ereignet hat. Mit aller Klarheit wurde von den Vertretern des Deutschen Eisenbahnerverbandes ausgeführt, daß sämtliche Gewerkschaftsvertreter es abgelehnt hätten, die Vereinbarung zu unterzeichnen, wenn sie hätten ohne können, daß das Reichsverkehrsministerium nur den beiden Orten Köln und Wachen den Uebertragungszuschlag zahlen wolle. Auch darauf wurde hingewiesen, daß das in der Eisenbahndirektion Köln ausgesandene Telegramm des Reichsverkehrsministeriums, in dem anstelle des Wortes „denjenigen“ die beiden Worte „den wenigen“ stehen, im Original in den Händen der Gewerkschaftsvertreter sei. Die Vertreter der übrigen Eisenbahnerverbände schlossen sich den Darlegungen der Verhandler des Deutschen Eisenbahnerverbandes an. Auch sie haben die Vereinbarung nicht anders aufgefassen, als daß alle jetzt in der Ortsklasse A vorhandenen Orte des hiesigen Gebietes den Uebertragungszuschlag von 1 Mk. erhalten sollen. Geheimrat Dr. Koser beharrte auf seinem Standpunkt und meinte, es wäre ganz unnötig, wenn dem Reichsverkehrsministerium zugemutet würde, zu den aus der Höherklasse sich ergebenden Mehrbeträgen auch noch den Uebertragungszuschlag zu zahlen. Es seien 85 Orte von F nach A gestuft worden, wodurch jeder beteiligte Arbeiter eine Nachzahlung von 1300 Mark erhält. Ihm wurde von den Gewerkschaftsvertretern erwidert, daß die Löhne in der Privatindustrie des hiesigen Gebietes 3 bis 15 Mark pro Stunde höher seien als die Eisenbahnerlöhne, und daß aus dem Grunde eine Nachzahlung von 1,50 Mk. aus der Höherklasse und dazu 1 Mk. Uebertragungszuschlag in der Ortsklasse A durchaus gerechtfertigt sei. Es komme aber noch hinzu, daß eine große Anzahl Orte nur aus der Ortsklasse B nach A gestuft seien. In diesem Falle beträgt die Zulage nur 10 Pfg. pro Stunde. Diese letzteren würden gegenüber dem unbedingten Gehalt sogar ganz erheblich geschädigt sein. Ministerialdirektor von Schlieben erklärte schließlich, daß das Finanzministerium in diesem Streit nicht zuständig sei, eine Klärung der Sachlage deshalb nur mit dem Reichsverkehrsministerium erfolgen könne.

Dann wurde in die Beratungen eingetreten über die vorzunehmende Neuregelung der Bezüge. Zu ziffermäßigen Vorschlägen kam es nicht. Es wurden nur allgemeine Richtlinien aufgestellt. Die Gewerkschaftsvertreter forderten eine Revision der Grundbezüge der aufsteigenden Gehälter und einen abgestuften Uebertragungszuschlag. Das zur Begründung vor den Verhandlungspartnern vorgelegte Material zeigte übereinstimmend, daß in den wichtigsten Industriegebieten und Großstädten die Privatindustrie ganz bedeutend höhere Löhne zahlt als die Reichsverwaltungen. Vereinhart wurde, zunächst über die Arbeiter- und später über die Angestellten- und Beamtenfragen zu verhandeln. Im Verlaufe der Verhandlungen kam es auch zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften und den anwesenden Vertretern des 23. Ausschusses des Reichstages. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde geltend gemacht, daß ihnen die Art der Behandlung des mit der Regierung erzielten Verhandlungsergebnisses durch den 23. Ausschuss nicht passe. Der Vorsitzende des genannten Ausschusses legte gegen den erhobenen Vorwurf Verwahrung ein und meinte, die Gewerkschaften müssen es schon dem Reichstag, bezw. dem 23. Ausschuss überlassen, wie er diese Angelegenheit behandeln will. Am Schluß des ersten Verhandlungstages wurde schließlich noch eine kleine Verhandlungskommission eingesetzt, die sobald als möglich die Beratungen über die Arbeiterlöhne anzunehmen soll.

Eingehen der russischen Propagandablätter?

Riga, 7. Januar

Wie hier aus Moskau gemeldet wird, soll der Rat der Volkskommissare wegen der allgemeinen Einstellung der Krebte beschloffen haben, sämtliche bolschewistische Zeitungen im Auslande zu beschlagnahmen, da außerdem die Richtung dieser Blätter vielfach den Absichten und dem Geiste der Zentrale in Moskau nicht mehr entspricht. Aus diesem Grund würde u. a. auch der Rigaer „Kommunist“ beschlagnahmt werden.

Von der Washingtoner Konferenz

Havas meldet aus Washington: Der Marineausschuss der Konferenz nahm gestern endgültig die beiden Resolutionen des Senators Root an, die sich auf die U-Boot-Kriegsführung beziehen und jeden Angriff gegen Handelsschiffe durch U-Boote unterliegen. Die zweite Resolution Root wurde mit einer von Balfour vorgeschlagenen Abänderung angenommen. Darin wird das oben erwähnte Verbot von dem fünf Signatormächten unrettbar in Kraft gesetzt.

Der Ausschuss für den fernem Osten nahm eine Entschließung an, die sich für die eventuelle Zurückziehung der fremden Truppen aus China ausspricht.

Der Ausschuss der Neunmächtevertreter stimmte der Erhöhung des chinesischen Zolltarifs auf 5 Prozent zu.

Sowjetrußland als Rechtsstaat.

Gelegentlich einer Besprechung des 9. Rätekongresses wiesen wir darauf hin, daß die neue Wirtschaftsordnung in Rußland gewisse innerpolitische Reformen im Gefolge haben müsse. Wir führten u. a. die Wiederherstellung der Eigentumsrechte und die Einschränkung der Funktionen der außerordentlichen Kommission an. Nach dem Beschluß des Kongresses verbleibt der so gegründeten Außerordentlichen Kommission lediglich die Untersuchung und Aburteilung der politischen Delikte. Um die Lücke, die dadurch in den russischen Staatsorganen entstanden ist, auszufüllen, soll einer Anklagebehörde des Kommissars für Justiz zufolge die Staatsanwaltschaft in Rußland wiederhergestellt werden. In ihr Bereich fällt die Aufklärung der kriminellen Fälle. Wenn die Entwicklung in dieser Richtung geht — und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln —, dann nähert sich Rußland wieder den europäischen Rechtsnormen. Das ist insofern von weittragender Bedeutung, als dadurch der Verkehr zwischen Sowjetrußland und dem Ausland in feste Bahnen gelenkt und die Rechtssicherheit für die Person wiederhergestellt wird. Allerdings handelt es sich auch hier um einen ersten Anfang, und es ist ein weiter Weg, bis der Wiederaufbau des Rechts in Rußland vollzogen ist.

Gleichzeitig mit dem Rätekongress fanden in Moskau mehrere Konferenzen der parteilosen Kongressmitglieder statt. Einer OC-Meldung zufolge saßen die Parteilosen den Beschlüssen, die Einberufung von allrussischen Kongressen der Parteilosen zu fordern. Soweit sich von hier aus übersehen läßt, steht die außerordentliche sowjetische Regierung einer derartigen Forderung nicht sehr freundlich gegenüber. Es wäre im Interesse des Wiederaufbaues Rußlands sehr zu bedauern, wenn das Verhältnis zwischen Parteilosen und Sowjetbehörden eine Trübung erfahren sollte. Wie eifersüchtig die Sowjetregierung darüber wacht, daß die Parteilosen nicht zu einem politisch irgendwie ins Gewicht fallenden Machtfaktor werden, geht aus einer derselben Quelle entstammenden Meldung hervor, nach der der Führer der Parteilosen im Moskauer Sowjet, der in letzter Zeit des öfteren mit Oppositionsreden hervortrat, von der Tische-ka verhaftet und in ein Internierungslager bei Moskau verbracht wurde. Es ist eine schwere Aufgabe, sich an dem Wiederaufbau eines Staatswesens zu beteiligen, wenn die politische Meinungsfreiheit in einem Lande derart unterbunden ist wie in Rußland, und auch aus diesem Fall geht hervor, wie sehr die persönliche Tatkraft des einzelnen, von der letzten Endes das Wohl eines Volkes abhängt, durch derartige Bindungen gehemmt wird.

Jouhaux über die deutsche Abrüstung.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hatte eine Reihe ausländischer Arbeiterdelegierten eingeladen, sich die früheren deutschen Fabriken für Kriegsbedarf anzusehen, die jetzt auf Friedenswirtschaft umgestellt worden sind. Aus den Berichten der französischen Delegierten, die ohne jede nationale Voreingenommenheit abgefahrt worden sind, entnehmen wir einem Artikel von Jouhaux folgende Ausführungen:

Die von uns gemachten Wahrnehmungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

Wir halten es nicht für möglich, daß die ehemaligen Fabriken für Kriegsbedarf in ihrem jetzigen Zustand und ohne sie einem schwierigen und langwierigen Umwandlungsprozeß auszuliefern, die frühere Produktion wieder aufnehmen könnten. Man kann verkünden, daß der Weltkrieg gezeigt habe, mit welcher Leichtigkeit die Metallindustrie und die chemische Industrie imstande sind, die Armeen zu „versorgen“. Aber das heißt andererseits vergessen, daß dies immer noch eine gewisse Frist voraussetzt und sich nur unter außerordentlichen Schwierigkeiten bewerkstelligen ließe. Jedenfalls müßte, wenn diese These richtig wäre, daraus schließlich der Schluß gezogen werden, daß man, um Deutschland zu entlasten, seine ganze Großindustrie vernichten müßte. Nehmen wir einen Augenblick an, daß das durchführbar wäre, dann stellt sich zugleich auch die Frage: wie soll ein seiner Arbeitsmöglichkeiten beraubtes Deutschland in diesem Falle seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen? Die eine feste Heberzeugung haben alle jene, die an dem Besatz teilgenommen haben, mitgenommen — und es würde nichts nützen, sie verbergen zu wollen —: daß die materiellen Maßnahmen der Internationalen Rüstungskommission, so kraftvoll sie auch sein mögen, keine wirkliche Garantie bieten. Man hat zerklüftet und zertrümmert; man hat die Ausrüstung der ehemaligen Kriegswerkstätten demoliert. Das Schauspiel, das sich uns darbot, war oft schmerzhaft. Die Welt ist derzeit nicht reich genug an Produktionsmitteln, als daß man sich gestatten dürfte, ein Vergnügen über das Schauspiel zu empfinden, wie kunstvolle Maschinen mit Hammerhieben zerstört werden, um schließlich zum alten Eisen gemorren zu werden.

Aber wenn alles dies noch wenigstens eine Garantie, eine Sicherheitsmaßnahme wäre! Das läßt sich aber in Wahrheit kaum behaupten. Man kann nicht anders als erklären, daß alle diese Maßnahmen keinerlei Sicherheit versprechen. Und man kann wieder einmal den Irrtum einer Politik erkennen, die auf die Vernichtung Deutschlands abzielte und dabei nur die materielle Seite im Auge hatte, die für das Problem an sich von weniger wichtiger und vorübergehender Art ist, während sie die soziale und moralische Seite unbeachtet ließ. Das ist ein unglücklicher Fehler dieser Politik.

Wenn unser Besatz in den ehemaligen Kriegsbetrieben uns etwas gelehrt hat — und man hätte blind sein müssen, um nicht Lehren daraus zu schöpfen —, so ist es dieses: daß die Sicherheit und einzige Gewähr für eine Entlastung des Reiches der Wille der Arbeiter ist, den Frieden zu erhalten und die erneute Bewaffnung Deutschlands zu verhindern, die nur den reaktionären Elementen neue Kräfte geben würde.

Diese ruhigen Gedanken, die auch in den Artikeln der anderen Delegierten zum Ausdruck kommen, werden dazu beitragen, das Verhältnis der beiden Völker freundlicher zu gestalten und gegenüber den Kriegsruhrphantasien der Führer des nationalen Bloks die Kenntnis des neuen Deutschlands zu verbreiten, dessen Gänge die mächtigen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse sind.

Die bestürzten Gewerkschaftsvertreter.

Berlin, 6. Januar

In einem Teil der bürgerlichen Presse wird die Behauptung kolportiert, die Führer der freien Gewerkschaften hätten sich in einer Geheimtunde mit den Industriellen für die Entstaatlichung der Eisenbahnen ausgesprochen. An der angeblichen Geheimtunde sollen auch Regierungsvertreter teilgenommen haben, deren gewisse Mitteilungen die Gewerkschaftsvertreter ziemlich bestürzt gemacht und zu dem Bekenntnis gezwungen hätten, daß es für die Arbeiter besser wäre, unter deutschen Unternehmern zu arbeiten, als unter der Entente.

Der Bundesvorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes teilt uns auf Anfrage hierzu mit, daß die Vertreter der freien Gewerkschaften in keinem Stadium der Verhandlung auf Entstaatlichung der Eisenbahnen für sie völlig undiskutabel sei. Mit der „Geheimtunde“ könne nur eine Verhandlung der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerkschaftlichen Arbeiter und Arbeitnehmer gemeint sein, an der Regierungsvertreter aber nicht teilgenommen haben, jedoch die an ihre angeblichen „gewisse Mitteilungen“ geknüpften Bemerkungen nicht aus der Luft gegriffen sind.

Die obigen Behauptungen sind hiernach ein Machwerk böswilliger Verleumdungsversuche, oder die ermäßigte Presse verwechselt die freien Gewerkschaften mit den Christlichen. Die Führer der christlichen Gewerkschaften in der Frage der Entstaatlichung der Eisenbahnen haben tatsächlich eine recht zweifelhafte Haltung eingenommen.

Allg. Deutscher Gewerkschaftsbund.

Die wachsende Verschuldung des Reiches.

Berlin, 6. Januar

Während die bürgerliche Presse für ein tendenziöses Steuerkompromiß Stimmung zu machen sucht, erscheint jetzt der Ausweis über die Finanzgebarung des Reiches am Ende des vorigen Jahres, der die geradezu erschütternden Folgen der bisherigen besteuertungsängstlichen Finanzpolitik mit furchtbarer Eindringlichkeit zeigt. In der 3. Dezemberdekade allein mußten zur Bestreitung der Ausgaben für mehr als 9 Milliarden Mark schwebende Schulden aufgenommen werden. Dabei ist nur ein verhältnismäßig kleiner Betrag der Reichsausgaben, die in dieser Zeit 7,35 Milliarden betragen, nämlich knapp 2 Milliarden, für die Zuschüsse der Betriebsverwaltungen in Anspruch genommen worden. Für den ganzen Monat Dezember betrug die Neuaufnahme schwebender Schulden 28,18 Milliarden Mark. Im 3. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1921/22 bereits über 36 Milliarden Mark. Seit dem Beginn des neuen Rechnungsjahres, also seit dem 1. April 1920, mußten insgesamt Ausgaben in Höhe von 81,57 Milliarden Mark durch die Aufnahme von Schulden bestritten werden, so daß die schwebende Schuld in dieser Zeit fast auf 247 Milliarden Mark angewachsen ist. Man ersieht aus dieser Zusammenstellung auch, wie das Tempo der Schuldenaufnahme sich gegen Jahresende immer mehr beschleunigt hat. Daran sind nicht nur — wenn auch in der Hauptfrage — die Reparationsausgaben schuld, sondern auch die Devisenbeschaffung für den Bedarf an Einfuhrlebensmitteln und die erhöhten Ausgaben für die Beamtenbesoldung, auf die Vorschüsse ausgezahlt worden sind. Die Zahlen zeigen, wie notwendig es ist, dieser wachsenden Verschuldung des Reiches Einhalt zu tun. Durchzuführen ist diese Forderung nur durch eine kräftige Heranziehung des Sachbesitzes zu den Steuerleistungen.

Besprechungen über die kommende Justizreform.

Berlin, 7. Januar

Am Donnerstag fand im preussischen Justizministerium eine Besprechung mit sämtlichen Oberlandesgerichtspräsidenten statt, bei der u. a. die Frage der Justizreform den Gegenstand der Erörterung bildete.

Das Gold der Reichsbank.

Berlin, 6. Januar

Die Reichsbank bestreitet entschieden die von einer Korrespondenz verbreitete Nachricht, wonach in letzter Zeit Verhandlungen zwischen ihr und der Reichsregierung stattgefunden haben sollen; des Inhalts, daß die Goldbestände der Reichsbank für Reparationszahlungen angegriffen werden sollten. Die Reichsbank denkt nicht daran, ihre geringe Goldreserve von einer knappen Milliarde Mark für Reparationszahlungen herzugeben und begründet ihren Standpunkt damit, daß sie mit einem solchen Schritte nicht nur ihre eigene Kreditfähigkeit im Auslande untergraben, sondern auch der deutschen Wirtschaft die letzte Stütze für den Wiederaufbau entziehen würde.

Wieder Kurssturz

Die Berliner Börse vom Freitag stand völlig unter dem Eindruck der Ungewissheit über den Ausgang der Konferenz in Cannes. Die Spekulation zeigte nicht die geringste Unternehmungslust. Infolgedessen drückte am Devisenmarkt und Effektenmarkt das geringe Angebot die Kurse erheblich. Die ausländischen Zahlungsmittel verloren fast die ganze Kurssteigerung, die in der letzten Woche eingetreten war. Amtlich notierten Kabel Newyork 188½, London 790, Holland 6850.

Calonder über seine Aufgabe in Oberschlesien

Beuthen, 7. Januar

Der Vertreter einer hiesigen Zeitung hatte Gelegenheit, von Calonder empfangen zu werden, der ihm sagte, er sei sich der Schwere seiner Aufgabe bewußt und habe dieses Amt nur aus Sympathie für das ober-schlesische Volk übernommen. Die Nachprüfung der Vorschläge in Genf, die auf das gewissenhafteste erfolgen werde und das Fällen des Schiedsspruches dürften sich immerhin bis in den Februar hineinziehen. Reges Interesse brachte Calonder der Minderheitsfrage entgegen und verheißte, dieser keine ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er halte es nicht für ausgeschlossen, daß sich auch in der Folgezeit Streitfälle ergeben würden. Hierfür ist bereits ein Organ gebildet, dessen Vorsitzender er aber entgegen verschiedenen Gerüchtmeldungen, nicht sei. Seine Aufgabe sei mit dem Schiedsspruch über die abgehandelten deutsch-polnischen Verhandlungen erschöpft.

Daß wir

trotz der rapid gestiegenen Warenpreise
auch in diesem Jahre einen Inventur-

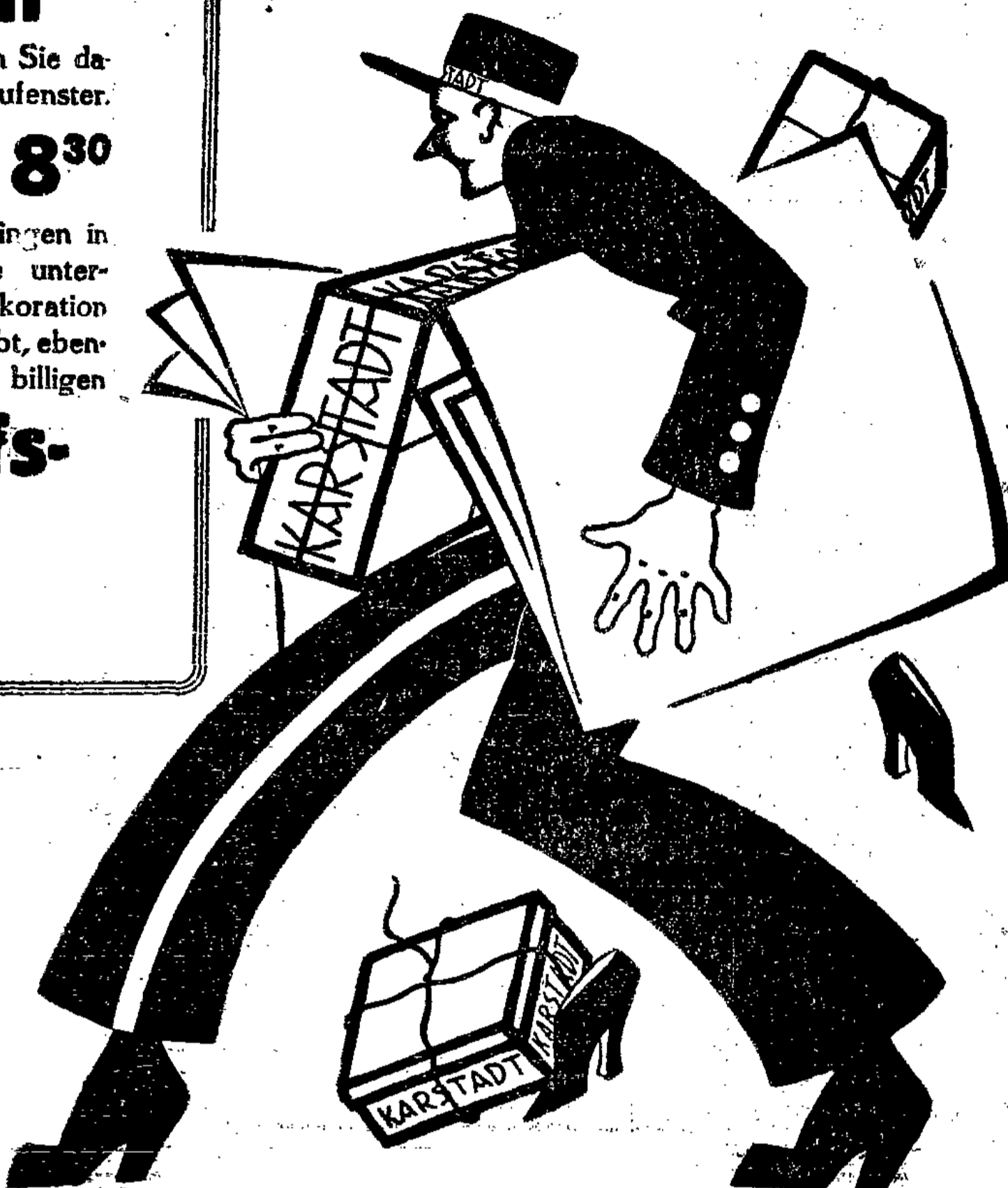
Ausverkauf

veranstalten, wissen Sie. Studieren Sie da-
her unsere Inserate und Schaufenster.

Montag früh 8³⁰

besuchen Sie uns dann. Wir bringen in
gewohnter Weise alle der Mode unter-
worfenen Artikel, teilw. bei der Dekoration
leicht beschädigt oder nur angestaubt, eben-
so Restposten zu aussergewöhnlich billigen

**Ausverkaufs-
preisen!**



AUSVERKAUF

Z.B. Schuhwaren
ohne Rücksicht auf
den jetzigen Wert

Damen-Halbschuhe	Spange und Schnur, diverse gute Leder- sorten, mit und ohne Lackblatt	85.
Damen-Halbschuhe	Spange u. Schnur, Lack, Boxkalf, Chevreau und Wildleder, in verschied. Ausführungen	112.
Damen-Halbschuhe	Spange und Schnur, versch. feine Leder- sorten, vorzügl. Qualitäten, eleg. Formen	145.
D.-Spangenschuhe	u. Pumps, Samt, Rips u. Leinen, div. erschl. Fabrikate, mod. Machart, mit kl. Schönheitsfehl.	48.
Damen-Stiefel	mit und ohne Lackblatt, hoher Schaft moderne Form	92.
Damen-Stiefel	Chevreau und Boxkalf, z. T. mit Lackblatt, extra hohe Schärfe, flotte Machart	145.
Damen-Stiefel	besonders hohe Schäfte, in vielen feinen Farben und Lederqualitäten, aparte Formen	165.
Herren-Stiefel	Rind- und Roßbox, Derbyschnitt, stabile Ware, gut passende Form	125.
Herren-Stiefel	Rindbox, Derbyschnitt, vorzügliches Ledermaterial, bequeme Form	225.
Kinder-Stiefel	weiß Leinenstoff, gute Ledersohle	Größe 22/24 17.50 Größe 25/26 19.50
Kinder-Spangenschuhe	weiß Leinenstoff, gute Ledersohle	22/24 15.50 25/26 17.50
Kinder-Filzschuhe	Schnallenstiefel und Spangenschuhe, Filz- und Ledersohle, Fleck	Größe 25/29 16.50
Kinder-Stiefel	Roßboxleder, Derbyschnitt, kräftige Qualität	27 30 82. 31/35 89.
Damen-Spangenschuhe	starke genähte Ledersohle	46.50

Karstadt

Inventur-Ausverkauf

vom 7. bis 20. Januar 1922

Ehlers & Reetwisch

Hilfenstraße 1, St. Petri 2 u. 4, (11592)

das bekannteste Einkaufshaus für Arbeiter u. jeden Beruf

in
Seeren- und Straben-Konfektion,
Damen-Konfektion, Betten, Manufakturwaren,
Starke Schuhwaren.

Nach wirklich preiswerte Angebote.
Die Preise in den 5 Schaufenstern sind
maßgebend.

Unsere besten Qualitäten und Ausstattungen sind
weit bekannt.

Kaufen Sie jetzt.

Beachten Sie unsere 3 Schaufenster!

Beachten Sie unsere 5 Schaufenster!

Sozialdemokratischer Verein, Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Dienstag den 10. Januar,
abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage
 2. Aussprache.
- Redner: Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Johannishof

früher Bierbestall
Täglich 4 U. (11598)

Künstler-Konzert.

Maisinger Baum.
Endstation Linie 9.
Morgen Sonntag

vornehmes Tanzkränzchen

unter Leitung und Mitwirkung des deutschen Meisterchafes - Tänzerpaars Conrad - Sarow und Partnerin aus Hamburg. Wundäres, akrobatisches und exzentrisches Tanzduett und des Balletmeister - Direktor Albano mit Partnerin (Albano-Lanabuerre). (11597)

Künstler-Kapelle. Kapellmeister Bux.

Wegen erhöhter Straßenbahnpreise: Eintritt frei.
Tel. 9075.

Rudolph Jäde.

Gesellschaftshaus und Café Muuß Israelsdorf.

Sonntag, d. 8. Januar:
Im neubauten Café u. weißen Saal ab 4 Uhr:
Künstler-Konzert.

Eintritt frei (11598)
unter Mitwirkung von:
Frä. Luise Friedhoff
Herrn Josef Liszewski
v. hiesigen Stadttheater.
Von 8 Uhr ab im weißen Saal:
Vornehmes Kränzchen.

Im großen Saal:
Vornehmer Ball.
Anfang 4 Uhr.
Großes Streichorchester.
Gutgeheite Räume.

Eindenhof

Israelsdorf.
Am Sonntag: (11594)
Vornehme Ballmusik.
Anfang 4 Uhr nachm.
J. d. Beanden fr. Entr.
Tel. 1910. Victor Klumpke.



Matthäische Volkstanz to Lübeck.

Montag, d. 9. Januar
abends 8 Uhr
in de Aula von der
Zahannum.
Karl Wagenfeld: (11598)
Vörlösungen
ut Dand u. Sittel.
Antichrist, Urie Gadder-
nif. Preis 4.
Donnerstag, d. 22. Jan.
abends 8 Uhr
in't Koloffum.
Theater-Abend
von de Hedderbüfche
Speelbeel
Kramer Kray.
Luftspiel in 5 Akte von
Hermann Hoffdorf.
Preis 5.— u. Stür.
Korten sind in de Gilm-
stuw, Johannstr. 15
u. a. d. Abendfast to
hebben.

Trocadero

Schlüsselbuden 4.
Tel. 787.(11540)
T ä g l i c h
die beliebtesten
Weberus-
Konzerte.

Hansatheater.

Heute, (11590)
Sonabend, sowie mor-
gen Sonntag 7 1/2 Uhr:
Die lustige Witwe.
Operette in 3 Akten
von Franz Lehár.
Hanna — Lizzy Niernz.
Dantlo — Paul Schüller.
Montag, 7 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.
Dienstag, 7 1/2 Uhr:
7. Vorst. im Dienstag-
Abonnement.
Das Fräulein vom Amt.

Stadttheater Lübeck

Sonabend, 7. Jan. 7.30
Tiefenb.
Außer Abonnement.
Sonntag, 8. Jan. 11 U.
Deffentl. Hauptprobe
zum „Einfonietkonzert“
Solist: Professor Karl
Fleisch, Violine, Violon-
konzert von Schaf-
fowsky, Strauß; Also
sprach Zarathustra...
Don Dandote.
3 Uhr: 9. Vorst. f. d.
Arb.-Bildungsverein.
Wenn der junge
Wein blüht...
(Karten a. d. Theater.)
7 Uhr: Vohengrün.

Montag, 9. Jan. 7.30 U. 4. Sinfoniekonzert.

Solist: Professor Karl
Fleisch, Violine. Leiter:
Karl Mannstaedt.

Weitere Gehung des
Abonnements-Vertrages
(2. Hälfte der Spielzeit)
nebst 10% Erhöhung für
sämtliche Abonnenten am
Sonabend, d. 7. Januar,
nachm. von 3—5 1/2 Uhr
bei der Theaterkasse.
Da die 2. Hälfte der
Spielzeit mit dem 10. d.
M. beginnt, wird um
pünktliche Zahlung ge-
beten.
Neuanmeldungen von
Abonnenten in der
Theaterkasse.
Die Direktion.
(11548)

Stadttheater.

Statistiken gesucht. Zu-
melden in der Theater-
kasse Fischergrube Post-
9-1 und von 4-7 Uhr.



Friedrich- Franz- Halle.

Neben Sonntag: (11592)
Tanz.
Abf. 4 Uhr. Eintritt frei.

D. B. I. E. u. U.
11. Januar, 8 Uhr:
Erziehungsschule. (11526)

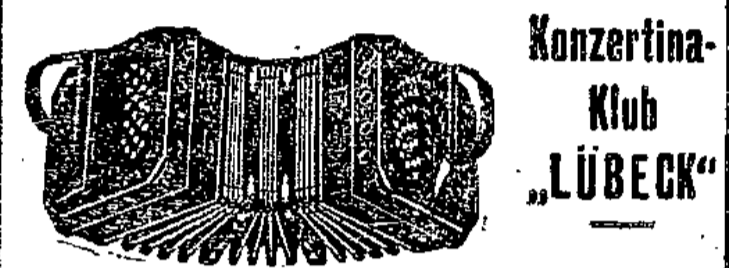
+Magerkeit+

Schöne volle
Körperformen
durch unter
„Hugo“ Kraftpulver
in 6 bis 8 Wo-
chen bis 30% d.
zunahme. Gar-
rant. unschädlich. Ärztlich
empfohlen. Streng reell!
Biele Dankschreib. Preis
Karton mit Gebr.-Anw.
Mk. 15.— Vorkaufweisung
oder Nachnahme. (11539)
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck Ob. Mengstr. 10.

Ad. Köhner Uhrmacher
Fährhaus 13.
Uhr- u. Goldwarenblg.
u. Reparaturwerkst. (11556)

Luisenlust. Jeden Sonntag: Ball.

Eintritt und Tanz frei. (11588)
Sonabend, Gr. Preis-Maskenball.
14. Januar: (11597)



Konzertina- Klub „LÜBECK“

Sonntag, den 8. Januar 1922: (11589)
Benefiz-Konzert und Ball
im „Gewerkschaftshaus“
zu Ehren ihres Herrn Dirigenten Hans Gold.
Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Adlershorst. Ball

Jeden Sonntag
u. Donnerstag (11580)
Konzerthaus Flora
Sonntag: Großer Ball
(11544) Anfang 5 Uhr.

Mein
Ausverkauf
beginnt am
Montag, 9. Januar
Heinrich Beuck
Brocksstraße 25.
(11578)

Verein der Bestattungs-Übernehmer
e. V. zu Lübeck.

Die dem Verein angehörenden Mitglieder
empfehlen sich zur
Übernahme von Erb- und Feuerbestattungen
sowie
Überführungen von und nach auswärts.

C. Thiessen & Sohn, Bahnhofsstr. 79,
Fernruf 1143. (11528)

Gehr. Mäter, Mühlentstr. 13, Fernruf 427.
C. Well, Schwart. Allee 193, Fernruf 967.
F. Barby, Hülfstraße 117, Fernruf 816.
G. Beckh, Warenborsstr. 4, Fernruf 2186.
A. Brodersen, Regimentsstr. 7, Fernruf 1090.
W. Festerling, Gänsestr. 57, Fernruf 1508.
H. Grimm, Wischestr. 42, Fernruf 1424.

Achtung! Jeden Sonnabend: Achtung!
Unterhaltung mit Tanzkränzchen
in der **Margarethen-Burg**
(11555) wozu freundlichst einladet **H. Laudern.**

Eintritt frei! **Zentralhallen.** Eintritt frei!
Morgen Sonntag: (11584)
Großes Tanzkränzchen.

Konzerthaus Lübeck
Morgen **:: Ball ::**
Sonntag: (11584)
vom Pfeifenklub „Voll dampf Voraus“.
Anfang 5 Uhr. (11586) Der Festausschuss.

Telefon
Humbold
3511

Telegr.-Adn
Edelmetalle
Berlin

Edelmetall-Zentrale
EMZ
Berlin N 58
Lübeck
Ankauf Filiale Ankauf

erstes führendes Geschäft am Platze
en gros Tel. 8643 en detail

jetzt: **Breite Str. 25 I.**
Eingang Pfaffenstraße.
Wir zahlen
ständig konkurrenzlose Preise für:
Gold Silber Platin Perlen Brillanten
Gold. Uhren u. Gebisse bis 10 000 Mk.
Geschäftszeit von 9—1 und 3—6 Uhr.
Legitimation erforderlich. (11591)

DER GUTE

P.O.M.

JAMAICA-RUM

Vertreter: Rudolf Prehn, Lübeck,
Mengstraße 46. (11701)

Achtung!
Zahle die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Zinn, Blei,
Eisen, Zelle, Eisen usw.
Jeder Rest wird abgeholt. (11551)

Arbeiter!
Arbeitslosen, Hemden,
Kajen, Anzüge, Paletots
kauft Ihr bestes bei
Oskar Peter,
(11576) Glockengießerstr. 31

S. Kramer, Schmiedestr. 11.

Hohe Belohnung

winkt dem Gewinner bei Lösung meines Schwan-
tender-Preisrätsels. Er erhält einen **Bieschelschen**
Patent-Wellzieh-Graderherd im Werte von
1700 Mk. (Einkaufspreis siebenhundert Mark). Näheres
besagt das Schwanfenster meiner Spezial-Abteilung
für den Alleinverkauf der begehrten Wellzieh-Grader.

Adolf Borgfeldt
Lübeck. (11589) Inh.: H. Kahl.